

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

240 (13.10.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 13. Oktober 1951

Nr. 240

Bundeskanzler machte neue Vorschläge

Sachverständige berieten Vertragsentwürfe - NATO-Truppen nach Deutschland

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer hat den drei Hochkommissaren bei seiner letzten Besprechung neue deutsche Vorschläge für eine Reihe von Einzelfragen angekündigt, die bei den bisherigen Beratungen über den Abschluß vertraglicher Vereinbarungen aufzutreten sind.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, beziehen sich diese Vorschläge u.a. auf die Frage, wie weit dem deutschen Wunsch nach einer Art Sicherheitsvertrag entsprochen werden kann. Die Hochkommissare hatten dem Bundeskanzler in den ersten Sitzungen zu verstehen gegeben, daß ein reiner Sicherheitsvertrag aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich sei.

Informierte deutsche Kreise wollen wissen, der Bundeskanzler habe unter anderem angeregt, wichtige Probleme der deutschen Gleichberechtigung eindeutig vertraglich zu regeln. Das könnte bedeuten, daß den Alliierten eine vertragliche Zusicherung der deutschen Gleichberechtigung in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht vorzuschlagen worden ist.

Deutsche und alliierte Sachverständige berieten erstmalig die Vertragsentwürfe, durch die das Besatzungsstatut abgelöst werden soll. In Bonn fand in diesem Zusammenhang ein alliiertes Kommuniqué vom Mittwoch-Begegnung, worin von der Ausarbeitung von Vertragsentwürfen statt der Vorbereitung „der“ Vertragsentwürfe die Rede ist.

In alliierten Kreisen rechnet man mit mindestens drei weiteren Besprechungen Adenauers mit den Hochkommissaren. Im ganzen sollen — so verlautet von französischer Seite — sechs bis sieben Verträge abgeschlossen werden. Die Sachverständigen werden daher gegenwärtig nur solche Fragen behandeln können, über die im Prinzip bereits Einigung zwischen den „Großen Vier“ besteht.

Die Regierung Kanadas hat der Bundesregierung in einer Note mitgeteilt, daß die für Deutschland vorgesehenen 8000 kanadischen Freiwilligen als Verbände General Eisenhewers und nicht als Besatzungstruppen in der britischen Zone stationiert werden sollen. Die kanadische Regierung will jedoch erst in Bonn

anfragen, ob die Entsendung dieser Truppen der Bundesregierung genehm sei.

Das Auswärtige Amt prüft gegenwärtig die juristischen und völkerrechtlichen Konsequenzen, die eine Stationierung von Atlantiktruppen in Deutschland nach sich ziehen würde. Eine Antwort auf die kanadische Note ist noch nicht erteilt worden. Sie wird nach Informationen aus der Bundesregierung aber voraussichtlich positiv ausfallen.

In Kreisen militärischer Sachverständiger sieht man in der Entsendung von Atlantiktruppen ein Präjudiz für den von der Bundesregierung gewünschten Truppenvertrag mit den Alliierten. Ein britischer Sprecher betonte allerdings, die Kanadier würden dem Oberkommando der britischen Besatzungstruppen in Deutschland unterstehen. Unter anderem muß die Frage noch geprüft werden, wer für die Unterbringung und Bezahlung dieser Truppen verantwortlich ist und ob Deutschland — obwohl es selbst nicht Mitglied der Atlantik-Organisation ist — von NATO Vergütungen für Aufwendungen fordern kann, die im Zusammenhang mit der Kasernierung dieser atlantischen Verbände notwendig werden.

Am Dienstag außenpolitische Debatte
Bundestag berät Kanzler-Etat — 200 Mandate angefochten

Bonn (ZSH). Eine große außenpolitische Debatte wird am Dienstag im Bundestag anlässlich der zweiten Lesung der Etatpläne des Bundeskanzleramtes und des Auswärtigen Amtes stattfinden. Der Ältestenrat räumte den Fraktionen eine Redezeit von sieben-einhalb Stunden ein, wovon fünf Stunden für die außenpolitische Aussprache vorgesehen sind.

In der ersten öffentlichen Sitzung des Wahlforschungsausschusses des Bundestages wurde die Rechtsgültigkeit von rund 200 Bundestagsmandaten aus den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen angezweifelt. Die Anfechtung erfolgte durch eine größere Anzahl von Wählern und unabhängigen Kandidaten, in deren Namen der Verwaltungsrechtler Otto von Werde den Einspruch einlegte. Das Wahlgesetz für die erste Bundestagswahl, so argumentierte er, lasse für die Parteien die Grundzüge des Verhältniswahlsystems zu, während man dies den unabhängigen Kandidaten verweigere. In den Ländern der britischen Zone und Bremen sei fast eine Million Stimmen für unabhängige Kandidaten abgegeben worden, ohne daß auch nur ein Kandidat als Abgeordneter diese Wählerschaft im Parlament vertritt. Im Namen der SPD-Fraktion erklärte Dr. Menzel, daß nur das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden könne, ob das Wahlgesetz gegen das Grundgesetz verstoße.

Der ehemalige Bundesinnenminister Dr. Dr. Heinemann wird Ende Oktober eine kirchliche Vortragsreise durch die Ostzone unternehmen.

Der traditionelle „Ibero-Amerika-Tag“ wurde vom Bremer Senatspräsident Kelsen in Anwesenheit diplomatischer Vertreter der ibero-amerikanischen Länder in Hamburg eröffnet.

Bonn kündigt Regierungserklärung an

Zum Thema: Gesamtdeutsche Wahlen - Kabinett beharrt auf Aufwandsteuer

Bonn (UP). Eine neue Regierungserklärung zur Frage gesamtdeutscher Wahlen am kommenden Mittwoch kündigte ein Regierungssprecher im Anschluß an eine Sitzung des Bundeskabinetts an.

Die Bundesregierung will die neue Erklärung vor dem Parlament mit der Vorlage der Wahlordnung für freie Wahlen in ganz Deutschland verbinden. Sie sei fest entschlossen — so sagte der Sprecher — so schnell wie möglich die Voraussetzungen für freie Wahlen in allen vier Besatzungszonen zu schaffen, um das erstrebte Ziel einer Wiedervereinigung zu erreichen. Das Kabinett habe daher an die Westmächte die Bitte gerichtet, bei den Vereinten Nationen die Einsetzung einer Untersuchungskommission zu erwirken.

Aus gut unterrichteten Bonner Kreisen verlautet hierzu, daß die Ostzonenbehörden eine Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen durch eine internationale Kommission für die Ostzone ablehnen. Nach Informationen aus Berlin sollen führende SED-Politiker diesen Entschluß in einer internen Konferenz namhafter Parteiführer der Ostzone bekanntgegeben haben. Bei der gleichen Gelegenheit soll von Seiten der SED eine Anweisung ausgegeben worden sein, bei öffentlichen Äußerungen zur Frage gesamtdeutscher Wahlen den Komplex der Oder-Neiße-Linie nicht mehr zu berühren. In Bonn hatte man bereits mit Interesse davon Kenntnis genommen, daß Grotewohl in seiner letzten Rede vor der Volkskammer dieses Problem nicht erwähnte. Von der SED sei ferner auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, unter allen Umständen gesamtdeutsche Beratungen herbeizuführen. Diese sollten den ursprünglichen von der Volkskammer verlangten freien Wahlen in jedem Fall voraussetzen.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine Wahlordnung für gesamtdeutsche Wahlen ist noch nicht ganz fertiggestellt und wurde vom Kabinett daher auch noch nicht verabschiedet. Vermutlich wird er am kommenden Dienstag von der Bundesregierung endgültig gebilligt werden. Wegen ihrer großen politischen Tragweite soll die Wahlordnung nicht nur dem Bundestag, sondern auch dem Bundesrat zugeleitet werden. Die Bundesregierung erörtere die durch den neuen Volkskammerappell und die Grotewohl-Rede geschaffene Lage eingehend. Der Sitzung wohnten auch die Vorsitzenden der Regierungsparteien bei. Der Versuch Grotewohls, durch Druck den Abbruch der Verhandlungen des Bundeskanzlers mit den Alliierten herbeizuführen, nannte der Regierungssprecher „absurd“. Dieser Forderung werde „unter keinen Umständen“ stattgegeben. Die Verhandlungen würden im Gegenteil bereits in einem „ermutenden Tempo“ fortgeführt.

Der Kanzler gab dem Kabinett einen Bericht über den Verlauf seiner Beratungen mit den Hochkommissaren und seine jüngste Aussprache mit McCloy am Donnerstagabend.

Die vom Bundesinnenministerium und dem Bundesjustizministerium vorbereitete Verfassungsklage gegen die Sozialistische Reichspartei ist vom Bundeskabinett zwar erneut behandelt, aber noch nicht verabschiedet worden. Das Bundeskabinett hat schließlich endgültig beschlossen, den Gesetzentwurf über die Einführung einer Aufwandsteuer unverändert und in der vom Bundesrat bereits abgelehnten Form dem Bundestag vorzulegen. Die Regierung hat damit von der Anregung des Bundesrats keinen Gebrauch gemacht, statt der Aufwandsteuer eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,5 Prozent vorzunehmen. Für die Entscheidung des Kabinetts sei die Tatsache maßgebend gewesen, daß Deutschland zu den wenigen Ländern gehöre, in denen ein größerer Aufwand nicht besteuert werde.

Charta der Vertriebenen

Der Bundesrat billigte den Entwurf eines Bundesvertriebenengesetzes ohne grundsätzliche Änderungen. In der gleichen Sitzung nahm der Bundesrat den Gesetzentwurf des Kabinetts über die Erhöhung der Verkehrssteuern sowie den Vorschlag des Vermittlungsausschusses an, wonach die Länder im Durchschnitt des laufenden Rechnungsjahres 27 Prozent ihrer Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Bund abführen sollen.

Wie Bundesbildungsminister Lukaček erklärte, soll das Gesetz die Grundlage bieten für die gewaltige Aufgabe der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Der Sprecher des Bundesrates bedauerte das Versagen bei der Umsiedlung von Vertriebenen und Flüchtlingen. Die dringlichsten Forderungen seien der sogenannte Dichte-Ausgleich, die bäuerliche Ansiedlung von Vertriebenen und die Wohnraumbeschaffung für die Vertriebenen. Das Gesetz regelt den Status, bzw. die Rechtsstellung der Vertriebenen und gibt Richtlinien für ihre Betreuung.

Der Bundesrat billigte ferner eine Verordnung über Herstellung, Lieferung und Bezug von Eisen- und Stahlerzeugnissen. Nach der Verordnung kann die Bundesstelle für Warenverkehr zur Sicherung der Versorgung mit Eisen und Stahl Herstellungsgebote und Lieferpflichten verfügen. Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1951 in Kraft. Eine Verordnung der Bundesregierung zur Sicherung dringlicher Aufwahrgeschäfte wurde ebenfalls von den Ländervertretern gebilligt.

Der Bundesrat stimmte außerdem einer Verordnung zur Änderung der Postordnung zu. Danach sollen die Gebührensätze für Pakete und Päckchen der kürzlich erfolgten Erhöhung der Tarifsätze für Expressgut angepaßt werden.

Lastenausgleich rückt näher

In erster Linie Vermögensabgabe - Einzelheiten des jetzigen Gesetzentwurfs

Bonn (UP). Nach monatelangen Beratungen über das Lastenausgleichsgesetz im Sonderausschuß des Bundestages und dessen Unterausschüssen nehme der Gesetzentwurf allmählich feste Formen an, verlautete von Ausschußmitgliedern. Wann der Gesetzentwurf dem Plenum des Bundestages zur zweiten und dritten Lesung vorgelegt werden kann, sei jedoch angesichts der noch zu lösenden Einzelfragen ungewiß.

Wie bekannt wird, hat man sich nunmehr über die grundsätzlichen Fragen des Lastenausgleichs geeinigt. Die erforderlichen Mittel sollen entsprechend dem Regierungsvorschlag in erster Linie durch eine Vermögensabgabe aufgebracht werden. Diese soll 50 Prozent des am Währungsstichtag erhalten gebliebenen Vermögens betragen. Eine sofortige Fälligkeit der Abgabe sei jedoch abgelehnt worden. Sie soll einschließlich des seit dem Währungsstichtag abgelaufenen Zeitraumes innerhalb von 39 Jahren aufgebracht werden.

Die Verzinsung der Ausgleichsschuld wird nicht in einer bestimmten Prozentzahl ausgedrückt. Man ist übereingekommen, Jahreszahlungen (Annuitäten) festzusetzen, die für die gewerbliche Wirtschaft 6 Prozent der Abgabeschuld betragen. Für den Hausbesitz ist eine Annuität von 5 Prozent vorgesehen. Diese soll jedoch auf 4 Prozent ermäßigt werden, solange die Mietpreisfestsetzung in Kraft ist. Die Landwirtschaft soll eine Jahresrate von 4 Prozent entrichten.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen der Hausbesitz, die gewerblichen sowie land- und forstwirtschaftlichen Betriebe der öffentlichen Hand ebenfalls mit der Abgabe

belegt werden. Ursprünglich war eine Befreiung des gesamten öffentlichen Vermögens vorgesehen. Das Vermögen der Religionsgesellschaften und gewisser charitativer Organisationen soll in vollem Umfang von der Abgabe befreit werden. Die bisherigen Obligationen-, Kredit- und Hypothekengewinnabgaben sollen als „Währungsgewinnabgabe“ zusammengefaßt werden, gegen die alle Gläubigerverluste, aber keine Kriegsschäden aufgerechnet werden können. Außerdem können vom Währungsgewinn die Betriebsverluste aus den Jahren 1945 bis 1948 abgezogen werden.

Das Investitionshilfegesetz

Die Verhandlungen über das Investitionshilfegesetz werden vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß wahrscheinlich in der kommenden Woche beendet, erklärte ein Sprecher dieses Ausschusses. Wann das Gesetz in Kraft treten könne, sei jedoch noch nicht abzusehen, da mehrere Punkte des Bundesrates nicht übernommen wurden und der abgeänderte Gesetzesvorschlag daher noch von diesem Gremium gebilligt werden müsse.

In der Befreiung der Abgabepflicht habe sich der Wirtschaftspolitische Ausschuß im wesentlichen an die Vorschläge der Bundesregierung gehalten. Als Gegenleistung für die Investitionsabgabe sei „nach gewisser Zeit und unter bestimmten Voraussetzungen“ die Ausgabe von Wertpapieren vorgesehen. Zugute kommen soll die Abgabe vor allem der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie und der Energiewirtschaft. Außerdem seien Gelder für den Eisenbahnwaggonbau und die Regulierung der Wasserkraft vorgesehen.

Der Rebell von Indochina

Ho Chi Minh, der revolutionäre Realist

Was immer man auch über Ho Chi Minh, den revolutionären Präsidenten des Viethnam und über seine Taten denken mag, fest steht, daß er etwas anderes ist als ein einfacher Abenteurer oder Bandenhäuptling. Er ist in jedem Sinne des Wortes ein Patriot und sein ganzes abenteuerliches Leben steht unter dem Zwang der unmittelbaren Handlung zur Verwirklichung seines höchsten Zieles: der Freiheit seines Landes und der Errichtung einer neuen sozialen Ordnung. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, man kann ihn bekämpfen, aber man kann ihm den Respekt nicht verweigern.

Ho Chi Minh wurde 1892 in der Provinz Nghe An im Norden Annams geboren. Obwohl er aus einer gebildeten Familie stammte, war er zu arm, um seine Studien in Hue zu beenden. Er ging nach Saigon, wo er sich als Schiffsjunge an Bord des „Latouche-Treville“ anheuern ließ. Nachdem er eine Zeitlang die Meere befahren hatte, verließ er das Schiff in Frankreich, ging nach Paris und wurde dort ansässig. Er war damals jedoch schon als Nationalist bekannt und änderte daher seinen Namen. Selbster hat er manchen Namen geführt: Nguyen Van Thanh, Vuong Su Man, Cho, Nguyen Ai Quoc.

Schließlich landete er als Gehilfe bei einem Fotografen. Schlecht genährt, arm und schäbig gekleidet, aber fleißig und wüßbegierig, wie die meisten seiner Landsleute, kaufte er sich von seinen kargen Ersparnissen Bücher, besonders über Volkswissenschaft und Soziologie. Bald war er für die Doktrinen der Linken gewonnen. 1918 trat er der kommunistischen Föderation bei und suchte unter den in Frankreich lebenden Annamiten Parteigänger. Damals, gleich nach dem Waffenstillstand, richtete er an die alliierten Staatsmänner Clemenceau, Lloyd George und Wilson eine umfangreiche Denkschrift „Die Forderungen des annamitischen Volkes“.

Sein scharfer Verstand fiel den bedeutenden Führern der äußersten Linken bald auf und 1923 wurde der zukünftige Ho Chi Minh von den französischen Kommunisten zum Kongreß der Bauerninternationale in Moskau abgeordnet. Zwei Jahre später wurde er nach Kanton geschickt, dort bildete er dann die erste Zelle der zukünftigen indochinesischen kommunistischen Partei mit den verehrtesten annamitischen Revolutionären. Viet Nam Thanh Cach Menh Ho hieß sie, die „Vereinigung der revolutionären annamitischen Jugend“. Zu dieser Zeit, als der Bürgerkrieg in Kanton wütete, nahm er den Namen Nguyen Ai Quoc (Nguyen der Patriot) an, der in der Folge legendär wurde. Das Scheitern des Putsches im Jahre 1927 zwang ihn jedoch zur Flucht nach Han Leu, wo er aber nur kurze Zeit blieb.

In die UdSSR zurückgekehrt, wurde er in das Orientbüro der Dritten Internationale berufen und über Deutschland nach Bangkok geschickt, wo er die Verbindung mit den Kämpfern in Indochina herstellen sollte. Seine Aktivität war jedoch so heftig, daß ihn die Briten im Juni 1931 verhafteten und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten. Nach verbüßter Strafe wurde er aus Hongkong ausgewiesen. Nacheinander tauchte er dann in Singapur und Amoy auf, dann verlor sich seine Spur vollkommen bis 1940. Man nimmt an, daß er bis zu seinem Wiederauftreten in Südchina in Rußland lebte.

Damals war Frankreich von Deutschland besetzt und von dem teilweise von den Japanern besetzten Indochina abgeschnitten. Dieser Augenblick schien ihm für ein großangelegtes Unternehmen günstig. Nguyen Ai Quoc, der nun seinen Namen in Ho Chi Minh (der Erleuchtende) umgewandelt hatte, stand auf dem Standpunkt, daß die kommunistische Partei in Indochina zu schwach sei, um die Massen zusammenzuschließen. Es mußte also eine breitere Basis geschaffen werden. Deshalb wandelte er sie beim Kongreß von Tsintchi im Mai 1941 in eine Bewegung mit ausgesprochen nationalstischen Leitlinien um. In den „Viet Nam Dok Lap Dong Minh Ho“ (demokratische Liga des Viet Nam), den zukünftigen „Viet Minh“. Bis dahin hatte der Marschall Chang Fa Kuel, der Gouverneur von Kuang Si ihn unterstützt, da er in ihm ein nützliches Werkzeug seiner tonkinesischen Expansionspolitik sah. Aus ziemlich undurchsichtigen Gründen, die den anderen annamitischen Parteiführern jedoch nicht unbekannt gewesen sein dürften, wurde Ho Chi Minh plötzlich gefangen gesetzt.

Nachdem er aus den chinesischen Gefängnissen befreit war, erschien er auf dem Kongreß von Liou-Tschou im Juni 1944, wo unter dem Druck von Dhang Fa Kuel die Union der Emigrierten zustande kam. Ho blieb jedoch

klug im Hintergrund. Er wollte sich nicht kompromittieren, denn er leitete schon einige Guerrillas in Tonking. Am 13. August 1945 erfolgte die bedingungslose Kapitulation der Japaner und ein annamitisches Gouvernement wurde gebildet. Einige Hundert des Viet Minh stürzten es jedoch nach ein paar Tagen durch einen riesigen Bluff und am 25. August 1945 richtete sich Ho Chi Minh in der Obersten Residenz ein. Der Traum seines Lebens war Wirklichkeit geworden.

Es ist sehr schwer zu sagen, bis zu welchem Grad Präsident Ho ein Agent Moskaus ist. Jedenfalls wurde gerade in letzter Zeit immer sichtbar, daß er sich von der Linken, dem fanatischen Flügel der Regierung, der von Vo Nguyen Giap und Hoang Minh Kham geführt wird, entfernt. Trotz der heute sehr verschärften Gegensätze könnte nach Ansicht aller Beobachter Ho Chi Minh sofort Frieden mit Frankreich schließen, wenn dieses ihm entgegenkäme. Aber je mehr Blut fließt, um so schwieriger wird das werden. W.A.D.

Albertz ruft zur Korea-Hilfe auf

Bonn (UP). Der niedersächsische Sozialminister Albertz rief die Öffentlichkeit auf, zur Linderung der Not in Korea Geld für die Beschaffung von Medikamenten und medizinischen Geräten zu spenden. Albertz, der selbst Flüchtling ist, meinte, wir Deutschen müßten langsam aus der Selbstbetrachtung herauskommen und uns in die Reihe der Gebenden einreihen. Albertz hat, die psychologischen Hürden, die sich aus der sozialen Not in eigenen Länder ergeben, zu überwinden und appellierte an die Wohlfahrtsorganisationen, sich an der Spendenaktion zu beteiligen. Geldsendungen für die Korea-Hilfe können auf das Konto 3000 bei der Niedersächsischen Landesbank in Hannover eingezahlt werden.

3500 Deutsche in Polen verurteilt

Berlin (UP). In den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze sollen nach Informationen aus der polnischen diplomatischen Mission in Ostberlin bis Ende August 3500 deutsche Staatsangehörige zu Gefängnisstrafen zwischen einem und zwölf Jahren verurteilt worden sein. 440 deutsche Staatsangehörige sollen angeblich bis zu 15 Jahren in Arbeitslager geschickt worden sein. Als Gründe für die Verurteilungen soll von den polnischen Gerichten angegeben worden sein, daß ein großer Teil der zurückgebliebenen Deutschen versucht habe, das „Deutschtum“ wieder einzuführen.

RAF bombardiert deutschen Fischkutter

Hamburg (UP). Der deutsche Fischkutter „Samland“ aus Hörnum/Sylt wurde im Schutzhafen von Helgoland durch Bombenabwürfe schwer beschädigt. Die zweiköpfige Besatzung konnte durch den Fischkutter „Pik As“ aufgenommen werden. Die „Samland“ mußte den Schutzhafen Helgolands anlaufen, um einen Motordefekt zu beheben und vor dem immer stärker werdenden Wind Schutz zu suchen. Das Boot lag etwa 15 Minuten an der Nordostmole des U-Boothafens, als plötzlich zwei Meter vom Schiff entfernt auf der Mole eine Bombe detonierte. Der Vater des Kapitäns, der sich im Steuerhaus befand, erlitt dabei eine Stirnverletzung. Durch die Wucht der Explosion wurde das Deck des Schiffes verwüstet und das Boot zog etwas Wasser. Einige Zeit später lief der deutsche Fischkutter „Pik As“ ebenfalls den Schutzhafen an und nahm den Kapitän und seinen Vater auf.

Bombenanschlag in Paris

Paris (UP). Unbekannte Täter verübten nachts einen Bombenanschlag auf das Pariser Hauptbüro der „Gesellschaft für französisch-sowjetische Freundschaft“. Die Polizei nimmt an, daß kommunistische Terroristen die Urheber des Attentats sind. Personen kamen nicht zu Schaden, jedoch wurden sämtliche Fenster sowie die Eingangstür des angegriffenen Hauses eingedrückt. Ein Polizist, der sich zur Zeit des Anschlags in der Nähe des Gebäudes befand, berichtete, daß die Bombe aus einem schnell vorbeifahrenden Taxi geworfen worden sei. Dieser Bombenanschlag ist der zweite, der sich in den letzten acht Tagen in Paris ereignete, und der zehnte, der in den letzten drei Monaten aus ganz Frankreich gemeldet wurde.

Harriman steuert die Auslandshilfe

Keine direkte Fühlungnahme mit Bonn - Deutschlands Rolle im Hilfsprogramm

Washington (ZSH). Der Sonderberater Präsident Trumans, Averell Harriman, hat nach seiner Ernennung zum Leiter des Büros für das US-Auslandshilfe-Programm und zum Direktor des Amtes für gegenseitige Sicherheit eine Schlüsselstellung in der amerikanischen Politik inne. Harriman obliegt nun die wirtschaftliche Unterstützung Westeuropas nach den im US-Auslandshilfeprogramm festgelegten vorläufigen Richtlinien. Nach diesem von Präsident Truman unterzeichneten Programm sind insgesamt 7,483 Milliarden Dollar für Westeuropa vorgesehen, und zwar 5,072 Milliarden für die militärische und 1,022 Milliarden für die wirtschaftliche Hilfe.

Die europäischen Atlantikpakt-Staaten leisten selbst einen Beitrag in Höhe von insgesamt 11,30 Milliarden Dollar zur gemeinsamen Verteidigung. Dabei steht die Bundesrepublik, obwohl sie nicht zur Atlantikpakt-Organisation gehört, mit 2,14 Milliarden Dollar (8,96 Milliarden DM) an dritter Stelle. England bringt 3,885 Milliarden, Frankreich 3 Milliarden Dollar auf.

Der Bewilligungsausschuß des US-Repräsentantenhauses empfahl als wirtschaftliche Hilfe für die europäischen ECA-Länder insgesamt 937 Millionen Dollar. Unter den Empfängerländern steht Deutschland mit 100 Millionen Dollar an sechster Stelle. Es erhalten: Griechenland 170 Millionen, Frankreich und

Kommt eine Achse London-Paris?

Meinungsaustausch über gemeinsame Interessen - Gegengewicht gegen die Amerikaner

Der britische Außenminister Morrison hat seinen französischen Kollegen Schuman zu einem Meinungsaustausch über gemeinsam interessierende Fragen aufgefordert. Da der Qual d'Orsay sich hierzu bereit erklärte, dürften schon in den nächsten Tagen englisch-französische Gespräche über die aktuellsten politischen Probleme aufgenommen werden.

Direkter Anlaß der britischen Initiative in Paris war offenkundig die Ankündigung Ägyptens, die über den Suezkanal und den Sudan bestehenden Verträge mit Großbritannien zu kündigen. Dieses abrupte Vorgehen, das nach Ansicht diplomatischer Kreise hauptsächlich durch das dilatorische Verhalten Londons gegenüber den ägyptischen Revisionswünschen ausgelöst wurde, gefährdet in gewissem Maße auch französische Interessen, da der größte Teil des Schiffsverkehrs nach Indochina und Madagaskar die Route durch den Suezkanal nimmt. Aus diesem Grunde hat man sich in Paris sofort den britischen Protesten gegen die einseitige Handlungsweise Kairo angeschlossen.

Während England in den Entscheidungskampfen um die Rettung seiner letzten Machtpositionen im Nahen Osten eingetreten ist, sieht sich Frankreich ähnlichen Entwicklungen in seinen nordafrikanischen Besitzungen gegenüber. Auf der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen, die - welche Ironie des Schicksals! - ausgerechnet in Paris stattfindet, sollen die Unabhängigkeitsbestrebungen Marokkos auf die Tagesordnung gesetzt werden. Und wahrscheinlich wird man sich auch mit der Cyrenaika befassen müssen, der Morrisons Vorgänger Bevin unüberlegter Weise die Selbständigkeit versprochen, weil es ihm opportuner erschien, einen in keiner Weise lebensfähigen und darum von den Westmächten d. h. England abhängigen Staat zu schaffen, als diese Gebiete an Italien zurückzugeben.

Gegen die Ausrufung eines Senoussi-Staates unter dem englandhörigen Emir Idriss

wird bereits von Ägypten aus lebhafter Protest erhoben. Zwar lehnt man dort die Neubildung eines weiteren arabischen Staates durchaus nicht ab; dieser soll sich jedoch an seine Nachbarn anlehnen und sich unter den Schutz der Arabischen Liga begeben. Aber auch Frankreich hat Bedenken gegen die britischen Pläne, weil diese indirekt eine Förderung der Unabhängigkeitsbestrebungen der Tunesier, Algerier und Marokkaner zur Folge haben.

Diese unangenehme Situation brächte das Foreign Office auf den Gedanken, eine Art Interessengemeinschaft mit Frankreich zu suchen, das in dem Verhandlungsangebot Morrisons darauf aufmerksam gemacht wurde, daß beide Mächte in ihren Kolonien und sonstigen Einflusssphären vor den gleichen Problemen und denselben Schwierigkeiten stehen. Da hinter diesen nicht zuletzt gewisse amerikanische Bestrebungen sichtbar wurden, die militärisch und wirtschaftlich nicht mehr genügend leistungsfähigen europäischen Westmächte als Projektoren des Nahen und Mittleren Ostens abzulösen, vermutet man in diplomatischen Kreisen die noch unausgesprochene Absicht Morrisons und Schumans, durch Bildung einer Achse London - Paris ein Gegengewicht gegen die amerikanische Vorherrschaft in der Welt zu schaffen.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man in diesem Zusammenhang argwöhnt, daß auch die Politik des Westens gegenüber Deutschland bei diesen Plänen eine Rolle spielt. Eine stärkere Koordinierung der englischen und französischen Interessen - so meint man - würde den Amerikanern gewisse Fesseln anlegen oder doch zumindest die Verwirklichung der Projekte, die auf eine gleichberechtigte Partnerschaft der Bundesrepublik innerhalb der atlantischen Union abzielen, erheblich verzögern, was vielleicht Gelegenheit gäbe, bei Kompromißverhandlungen die britischen und französischen Wünsche in die Gesamtkonzeption einzubauen. F.

Westmächte sollen Israel-Politik ändern

Weitere Bedingungen Ägyptens - Auch Irak fordert Abzug der Briten

Kairo (UP). In einem Interview, das der ägyptische Außenminister Salah el Din Bey der Zeitschrift „United States News and World Report“ gewährt, wird festgestellt, daß Ägypten mit dem Westen nicht zusammenarbeiten werde, falls dieser nicht bereit sei, seine Israel-Politik zu ändern und die Palästina-Entscheidungen der UN in die Tat umzusetzen.

Kamel Selim Bey, das ägyptische Mitglied im UN-Treuhandrat für Libyen, der nach einem Beschluß der Generalversammlung die Aufgabe hat, bis Anfang nächsten Jahres die Unabhängigkeit Libyens herzustellen, wandte sich gegen ein britisches Angebot, die Verantwortung für das erwartete Defizit im libyischen Haushalt zu übernehmen und Libyen in den Sterlingblock einzugliedern.

Angeblieh wird in Kairo ein Gesetzentwurf vorbereitet, der den britischen Generalgouverneur des Sudan seines Postens entheben soll. An seiner Stelle werde König Faruk einen neuen Generalgouverneur ernennen. Die ägyptische Regierung hat ferner Pläne ausgearbeitet, durch die die Beschäftigung ägyptischer Arbeiter in der britischen Garnison vermindert werden soll, deren Zahl auf 25 000 geschätzt wird. Zwei Drittel von ihnen sollen von der ägyptischen Armee und Regierungsbetrieben übernommen werden.

Nach den antibrutischen Demonstrationen fanatischer Nationalisten, haben nunmehr die Imams (mohammedanische Priester) den Kampf „Los von England“ aufgenommen, und ermahnten die drei Millionen Gläubigen, sich für einen „Heiligen Krieg“ für die nationalen Interessen des Landes zu rüsten und sich vor keinem Opfer zu scheuen. Gleichzeitig hatten sich über 400 Anhänger der Anwar el Sunna (Anhänger der mohammedanischen Tradition) in einer der großen Moscheen der Hauptstadt versammelt, wo ihre Führer die sofortige Proklamation des „Heiligen Krieges“ forderten.

Iraks Verträge

Die irakische Regierung hat offiziell eine Revision des bestehenden britisch-irakischen Vertrages gefordert, der im Jahre 1930 auf 25 Jahre abgeschlossen wurde. Der Irak hatte Großbritannien das Recht erteilt, in Habbaniya und Shaiba Luftstützpunkte zu errichten und in ihrer Umgebung Truppen zu stationieren. Der Flugsitzpunkt Habbaniya ist inzwischen zum größten Flughafen des Nahen Ostens ausgebaut worden. Die dort stationierten Einheiten der Royal Airforce und die weiteren englischen Streitkräfte im Irak sind in den letzten Monaten erheblich verstärkt worden.

Militärberatungen in London

Der britische Außenminister Morrison hat angesichts der sich täglich verschärfenden Krise im Nahen Osten die britischen Generalstabschefs zu einer dringenden Befragung zu sich berufen, an der auch Vertreter des Außenministeriums teilnehmen.

Bei den Beratungen soll der Beschluß gefaßt worden sein, daß die Westmächte ihre Verteidigungsanbahnung für den Suezkanal auch

für den Fall fortsetzen werden, das Ägypten das Angebot auf einen gemeinsamen Verteidigungspunkt im Mittleren Osten ablehnen sollte. Man soll sich auf die Formel geeinigt haben, daß es sich die britische Regierung auch nach der eventuellen Absage Ägyptens nicht gestatten könne, „ihre internationalen Verpflichtungen zu vernachlässigen“. Die USA, Frankreich und die Türkei seien mit dieser Handlungsweise voll einverstanden. Ägypten, so heißt es, könne sich unmöglich selbst verteidigen. Eine diplomatische Quelle drückte die Ansicht der Westmächte in dem Satz aus: „Ägypten wird trotz Ägypten verteidigt.“

Kontroverse USA - Sowjets in Wien

Jeder wirft dem anderen Imperialismus vor. Wien (UP). Der US-Hochkommissar für Österreich, Donnelly, wies auf einer Sitzung des Alliierten Rates die sowjetischen Beschuldigungen über eine österreichische Wiederbewaffnung zurück und forderte die Sowjets auf, den lange fälligen Staatsvertrag zu unterzeichnen und ihre Besatzungstruppen aus Österreich zurückzuziehen. Donnelly warf den Russen vor, daß sie Österreich zwingen, für den Unterhalt von 50 000 Mann sowjetischer Besatzungstruppen aufzukommen. Dies seien mehr als die Besatzungstruppen der drei Westmächte zusammengenommen. Seit Ende des Krieges habe die Sowjetunion Güter und Ausrüstungen im Wert von über 400 Millionen Dollar aus Österreich entnommen. Die Sowjets verfolgten eine „imperialistische Politik überlebensart“, da sie 350 österreichische Fabriken für ihre eigenen Interessen beschlagnahmt hätten.

Der sowjetische stellvertretende Hochkommissar, Generalmajor Kraskewitsch, bezeichnete die Ausführungen Donnellys als ein Beispiel von noch nie dagewesenen Zynismus, die das Papier, auf das sie geschrieben wurden, nicht wert seien. Donnelly habe die Menschen angegriffen, die „ihre Blüt für die Befreiung Österreichs und Europas vom Hitler-Regime“ gegeben hätten. Der diktatorische amerikanische Imperialismus verwandle Österreich in eine Kolonie, nehme dem Land die Souveränität und mache Österreich zu einem Kriegesstützpunkt.

Schiffsuntergang im Kattegat

Stockholm (UP). Der Küstendampfer „Ranna“ (399 BRT) wurde im Kattegat bei dichtem Nebel vom griechischen Dampfer „Tharros“ (5253 BRT) gerammt und ging sofort unter. Dabei kamen sechs Seeleute ums Leben, während ein deutscher Bootsmann aus Kiel und ein estnischer Seemann gerettet werden konnten.

VOM TAGE

Die Stabschefs der USA, Großbritannien und Frankreich sind von Athen kommend in Ankara eingetroffen, wo sie die Eingliederung der Türkei in die nordatlantische Verteidigungsorganisation mit den türkischen Regierungsvertretern besprechen werden.

Der britische Hochkommissar Kirkpatrick und der DGB-Vorsitzende Fette haben in einer dreistündigen Aussprache auf Schloß Röttigen eingehend aktuelle wirtschaftliche und politische Probleme erörtert.

Eine Verschwörung hat in Venezuela die verbotene Partei „Accion Democratica“ angezettelt. Die Revolte wurde jedoch von der Regierung niedergeschlagen.

Elf Bauern kamen in Kolumbien ums Leben, als einige Salven, die anlässlich der Kolumbus-Feiern abgegeben wurden, eine Starkstromleitung so unglücklich trafen, daß diese zerriß und in die Volksmenge fiel.

Verhandlungen im Zelt auf freiem Feld

Wieder das alte Kaesong-Lied: Neutrale Zone verletzt - Herzbrecher-Gebirge erobert

Seoul (UP). Die Kommunisten warfen den UN-Streitkräften zwei neue Fälle von Verletzungen der neutralen Zone um Kaesong vor. Angeblich sollen drei Jagdflugzeuge den Raum von Pan Mun Jon mit Bordwaffen beschossen haben, wobei ein Kind getötet und ein zweites verwundet worden sei. Der zweite „Übergriff“ eines alliierten Flugzeuges soll sich nordwestlich von Kaesong zugetragen haben.

Auf Grund der neuen kommunistischen Beschuldigungen ist eine Untersuchungskommission der Alliierten nach Kaesong gefahren. Wie verlautet, wurde den Offizieren die Leiche eines Knaben gezeigt. Die Untersuchung soll am Samstag in Anwesenheit von zwei Offizieren der US-Luftstreitkräfte fortgesetzt werden.

Die Verbindungsoffiziere beider Seiten trafen erneut in Pan Mun Jon zusammen und werden ihre Besprechungen am Samstag fortsetzen. Wie von kommunistischer Seite verlautet, ist in der heutigen Besprechung über folgende Punkte Einigung erzielt worden: 1. Die Verhandlungen sollen in einem Zelt auf einem Felde bei Pan Mun Jon wieder aufgenommen werden. 2. Beide Seiten garantieren die Neutralität des Verhandlungsortes. 3. Die neutrale Zone hat einen Durchmesser von etwa zwei Kilometern, mit dem Zelt als Mittelpunkt. 4. Fahrzeuge beider Seiten erhalten freies Geleit auf der Straße von Kaesong und auf der Straße von Munsan zum Verhandlungsort. Damit bleibt noch die Forderung der UN-Streitkräfte bestehen, wonach um Kaesong und Munsan eine etwa drei Kilometer weite Zone markiert wird, in der keine Kampfhandlungen stattfinden dürfen.

An der Mittelfront gelang es amerikanischen und französischen Verbänden, die letzte Höhe des „Heartbrake Ridge“ (des Herzbrecher-Gebirges) zu nehmen. Einige Bunkerstellungen der Kommunisten haben sich allerdings noch nicht ergeben.

Auch Trygve Lie bemüht sich um die Lösung der Ölkrise - USA drängen auf Einigung

New York (UP). Die britische Delegation beim Weltfriedensrat hat den anderen Rats-

mitgliedern ihre neue Resolution zum Ölkonflikt übermittelt. Wie aus unternichteten Kreisen bekannt wird, weist England auf den vorläufigen Schiedsspruch des Weltgerichtshofes hin, der den Persern eine Einmischung in die Arbeit der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft untersagt. Der Sicherheitsrat wird gebeten, sich für eine Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen zwischen Großbritannien und dem Iran einzusetzen. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte hierzu, daß diese Besprechungen wahrscheinlich erst nach der Sitzung des Weltfriedensrates am kommenden Montag beginnen.

Die USA haben der britischen Regierung erneut geraten, mit Mossadeg in New York Verhandlungen zur Beilegung des Ölkonfliktes aufzunehmen. In London ist man bereit, den amerikanischen Wünschen Rechnung zu tragen, da es praktisch keine Alternative gibt. Eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Mossadeg würde aber einen weiteren Prestigeverlust für Großbritannien bedeuten, da die britische Regierung seinerzeit erklärt hatte, daß Verhandlungen mit ihm nicht in Frage kämen.

Der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, traf in New York mit Mossadeg zusammen. Wie verlautet, will Trygve Lie den iranischen Ministerpräsidenten um eine Wiederaufnahme der direkten Gespräche bitten.

Trotz des sowjetischen Protestes

Moskau (UP). Die sowjetische Antwort auf die Erklärung der Westmächte über eine Revision des italienischen Friedensvertrages wurde jetzt in Moskau veröffentlicht. Die sowjetische Regierung erklärt, daß sie einer Revision des Vertrages nur zustimmen könne, wenn Italien aus dem Atlantikpakt ausscheide. Außerdem verlangt die Sowjetunion eine Revision der Friedensverträge mit Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland. Die amerikanische und die französische Regierung haben die Vorschläge der Sowjetregierung zurückgewiesen. Ein französischer Sprecher sagte, die sowjetischen Bedingungen seien unannehmbar. Das amerikanische Außenministerium gab bekannt, daß die Westmächte den Friedensvertrag für Italien trotz des sowjetischen Protestes ändern werden.

Umschau in Karlsruhe

Kein „Geheimbeschluss“ des Oberkirchenrats
 Karlsruhe (Iwb). Der Evangelische Oberkirchenrat der Badischen Landeskirche hat in einer Erklärung festgestellt, daß er niemals einen „Geheimbeschluss“ über die Südweststaatsfrage und über die Auswirkungen gefaßt habe, die eine Bildung des Südweststaates auf die Kirche haben könne. Die landeskirchlichen Grenzen seien von den Änderungen der politischen Ländergrenzen unabhängig. Anlaß zu dieser Erklärung waren Behauptungen in Münchener Zeitungen, daß der Evangelische Oberkirchenrat einen „Geheimbeschluss“ gefaßt habe, wonach der badische Landesbischof nicht zum „Vikar von Stuttgart“ werden dürfe.

20 Brücken in Karlsruhe wieder hergestellt
 Karlsruhe (Iwb). Nach einer jetzt veröffentlichten Statistik über das vergangene Jahr wurden in Karlsruhe im Jahre 1950 20 Brücken wieder hergestellt und befahrbar gemacht, 22.000 qm Straßen neu gebaut sowie 5000 m Kanalisationsleitungen erneuert. Für den Wiederaufbau der zerstörten Schulen wurden 5 Millionen DM aufgewendet. Der Wiederaufbau und die Erweiterung der Gebäude am Rheinhafen erforderten 2,2 Millionen, die Wiederherstellung eines Teils der städtischen Verwaltungsgebäude 3,5 Millionen DM. Bis Ende 1950 konnten in Karlsruhe etwa 9 Prozent des Schadens, der durch Kriegszerstörungen entstanden ist, beseitigt werden.

Ruinen römischer Gebäude entdeckt
 Karlsruhe (Iwb). Bei Ausgrabungsarbeiten in den Gewannen Altenberg und Altenbergtal bei Heidelberg wurden in den letzten Tagen Ruinen römischer Gebäude entdeckt. Nach den ersten Untersuchungen handelt es sich um Überreste ehemaliger römischer Gutshöfe.

Karlsruhe Im September ereigneten sich in Nordbaden 1318 Verkehrsunfälle, bei denen 23 Personen getötet und 888 verletzt wurden. (Iwb)

Karlsruhe Der Pole, der seine drei Kinder erstochen und sich anschließend vor eine Straßenbahn geworfen hatte, wurde in das Lazarett des Gefängnisses eingeliefert, da seine Verletzungen nicht allzu schwer sind. (Iwb)

Aus der badischen Heimat

Beispielhafte Nachbarschaftshilfe
 Heidelberg (SWK). Die ganze dreijährige Arbeit eines Neubürgers, der zur Zeit in Mudau im Kreise Buchen wohnt, vernichtete samt Wohnhaus in diesen Tagen ein Brand. Der Gemeinderat regte eine Hilfsaktion an, die bereits in den ersten Tagen zu einem vollen Erfolg führte. Eine größere Spende von Rundholz und anderen Dingen gibt dem Betroffenen die Möglichkeit, nicht nur seinen alten Verpflichtungen nachzukommen, sondern sich auch die Existenz wieder aufzubauen.

Personenzug mit Panzer zusammengestoßen
 Tauberbischofsheim (Iwb). Auf einem Gleisübergang zwischen Geroldshausen und Reichenberg, in dem an den Kreis Tauberbischofsheim angrenzenden Bayern, ist ein Personenzug mit einem französischen Panzer zusammengestoßen. Der Panzer war wegen Treibstoffmangels oder Verstopfung der Kraftstoffzufuhr auf dem Gleis stehen geblieben. Der Bahnwärter war zwar sofort dem herankommenden Personenzug entgegengefahren, wegen der kurzen Entfernung konnte der Zug jedoch nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht werden. Die Lokomotive des Personenzugs und der Panzer wurden beschädigt.

Tödlicher Kraftfahrunfall
 Bruchsal (SWK). Am Dorfaustrag von Ubstadt stießen aus bisher unbekannter Ursache zwei Kraftfahrzeuge in voller Fahrt zusammen. Während ein Fahrer auf der Stelle tot war, mußte der andere mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Krankenhaus nach Bruchsal transportiert werden.

Die „Schwarzen Tage von Appenweiler“
 Tod von drei Deutschen soll geklärt werden
 Appenweiler (Ild). Die Gräber von drei Bürgern aus Appenweiler, die 1945 nach Aussagen von Franzosen auf der Flucht erschossen worden sein sollen, sind jetzt auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörden unter Aufsicht durch französische und deutsche Ärzte zur Feststellung der Todesursache geöffnet worden. Die drei Bürger, der Lehrer Walter, der Apotheker Zimmermann und ein Einwohner namens Goldmann, wurden zusammen mit zahlreichen anderen Einwohnern von Appenweiler zwischen dem 5. und 23. Mai 1945 — den „Schwarzen Tagen von Appenweiler“ — verhaftet, um zur Vernehmung nach Offenburg gebracht zu werden. Der Lehrer Walter wurde kurz darauf in eine Decke gehüllt tot zurückgebracht und auch die beiden anderen erlitten dieses Schicksal. Den französischen Aussagen stehen die Angaben von Einwohnern aus Appenweiler gegenüber, die behaupten, die drei Toten hätten Schlädelverletzungen durch Kolbenhiebe aufgewiesen. Jetzt sollen die Vorgänge von französischer Seite untersucht werden, nachdem der ehemalige Kommandant von Appenweiler eine von den früheren französischen Angaben abweichende Darstellung gegeben hat.

Kein Geld für Schwarzwaldstraße
 Baden-Baden (Ild). Mehrere Auszüge aus der schwedischen Presse, die unter den Überschriften „Gefahr auf deutschen Straßen“ über die völlig unzureichenden Verkehrsver-

hältnisse in einem Teil des Schwarzwaldes berichtet hatte, sandte der Hoteller-Verband Baden-Baden an das badische Finanzministerium. In einem beiliegenden Schreiben bat der Verband um die Verbreiterung der Schwarzwaldhochstraße zwischen Bühlerhöhe und Sand. Das Ministerium aber mußte antworten, daß die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden seien, so daß noch nicht zu übersehen sei, wann mit der notwendigen Verbreiterung der Straße gerechnet werden könne.

Schneepflüge und Räumgeräte bereitgestellt
 Baden-Baden (Ild). Zur Sicherung der Schwarzwald-Höhenstraßen und ihrer Zu- und Anfahrtswege aus der Rheinebene sind an wichtigen Höhenverkehrsstraßen Schneepflüge und motorisierte Räumungsgeräte stationiert worden. Sie sollen die Straßen auch zu Zeiten starker Schneefälle und Verwerfungen für den Omnibusverkehr und die Autotouristen frei halten.

Klärung in der Kehler Hafenfrage
 Zwei Noten an den Straßburger Präfekten
 Freiburg (Ild). Die badische Landesregierung hat dem Präfekten von Straßburg, Peyrat, der die Kontrollfunktionen über den Kehler Hafen ausübt, zwei Noten mit den Wünschen der Bundesregierung, die diese Form von zusätzlichen Protokollen zum Kehler Hafenvertrag berücksichtigt wissen will, zugeleitet.

Die Zusatzprotokolle, zu denen Peyrat Stellung nehmen soll, interpretieren einzelne Artikel des Hafenvertrages, ohne die Vertragsmaterie selbst zu ändern. Ein wichtiger Punkt der von deutscher Seite gegebenen Anregungen ist, daß der sogenannte Stichtest-Eid, der nach dem Vertragswortlaut dem französischen Präsidenten des Verwaltungsrats der gemeinsamen Hafenverwaltung zusteht, sich nur auf die Frage des internationalen Durchgangsverkehrs und nicht auch auf andere Fragen beziehen soll. In der badischen Staatskanzlei hofft man, daß eine Klärung der verschiedenen noch offen stehenden Fragen bald herbeigeführt werden kann.

Grenzach, Kreis Lörrach (Ild). Am Freitag fand in Grenzach die Grundsteinlegung für ein neues Fabrikationsgebäude des

chemischen Unternehmens J. R. Geigy AG statt, welches mit seinen acht Stockwerken und 45 Meter Spitzenhöhe das erste Hochhaus im deutschen Hochrheingebiet sein wird. Mit der Fertigstellung des Rohbaues wird bereits bis Juni kommenden Jahres gerechnet. Für den Bau des umfangreichen Industriekomplexes sind unter anderem 1000 Tonnen Beton und 500 Tonnen Eisen notwendig. Der Grundsteinlegung wohnten neben Dr. H. C. Köchlin, Basel, und Dr. Iselin, Basel, auch Staatspräsident Leo Wohleb, ferner Vertreter des badischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, des Landratsamts Lörrach, der Landeszentralbank und des deutschen Generalkonsulats in Basel bei.

Drei Monate Spielbank Konstanz
 Konstanz (Ild). Am Sonntag werden drei Monate seit der Eröffnung der Konstanz-Spielbank verfließen sein. In dieser Zeit hatte die Bank, die ein Füllbetrieb von Baden-Baden ist, Besucherzahlen und Umsätze aufzuweisen, die die Erwartungen weit übertrafen haben. Einen hohen Prozentsatz der Spieler stellte das Ausland. Das Abklingen der Saison hat sich im Besuch der Spielbank kaum bemerkbar gemacht, so daß eine Erweiterung des Hauses an der Seestraße, in dem gegenwärtig ein Croupier-Lehrgang läuft, bereits ernsthaft in Erwägung gezogen wird.

Kreuz und quer durch Baden
 Freiburg. Der Verband badischer Wohnungsunternehmen e.V. in Karlsruhe hält seinen diesjährigen Verbandstag am 20. und 21. Oktober in Freiburg ab. (Iwb/Ild)

Freiburg Angesichts der zunehmenden Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in Südbaden, die auf fortgesetzte Neueinschleppungen zurückgeführt wird, hat die badische Landesregierung die Bauern und Tierhalter zur verstärkten Mitwirkung an den eingeleiteten Verhütungs- und Bekämpfungsmaßnahmen aufgerufen. (Ild)

Konstanz Die Stadt Konstanz hat mit einem Aufwand von rund 600.000 DM ein neues modernes Infektionskrankenhaus erbaut, das in Kürze der Öffentlichkeit übergeben werden wird. (SWK)

Meersburg Das „Fürstenhäusle“ in Meersburg, der ehemalige Wohnsitz der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff, wird gegenwärtig erneuert. (Ild)

Freiburger Münster muß erhalten bleiben

Der „Münsterbauverein“ feiert sein 60-jähriges Jubiläum

Freiburg (Ild). Das Freiburger Münster, großartiges Denkmal der Gotik, steht in diesen Tagen im Mittelpunkt des 60-jährigen Jubiläums des „Freiburger Münsterbauvereins“, der 1890 von dem damaligen Freiburger Oberbürgermeister Dr. Winterer im Kornhausau gegründet wurde.

4000 Mitglieder zählte der Verein bei seiner Gründung — heute sind es kaum noch 2000 Freiburger, die sich aktiv an der Erhaltung dieses Wahrzeichens der Stadt beteiligen. In der Werkstatt des Vereins, der „Münsterbauhütte“, kann man die Originalstücke der Skulpturen, Wasserspeier und Mauerstücke sehen, die im Laufe der Jahrzehnte ausgewechselt werden mußten. Es ist eine fast unübersehbare Sammlung kleiner und großer Steine, die deutlich die starke Verwitterung und die oft unzureichende „Fließerarbeit“ früherer Generationen erkennen lassen. Den Mittelpunkt bildet die fast zwei Meter hohe, über 600 Jahre alte Kreuzblume mit der Wetterfahne, die den 116 Meter hohen Hauptturm des Münsters krönt. Sie wurde bei einer durchgeführten Renovierung des Münsterturmes abgenommen und durch eine originalgetreue neue Kreuzblume ersetzt.

Diese Turmrenovierung in den Jahren zwischen 1913 und 1922 war wohl die großartigste und umfassendste Leistung des Münsterbauvereins, der durch zahlreiche Lotterien und Spenden aus allen Bevölkerungskreisen bis zur Inflation ein Vermögen von über drei Millionen Mark zusammenbrachte. Die finanzielle Notlage zwang jedoch bald, sich wieder kleineren Instandsetzungen zuzuwenden.

Kriegsschäden müssen beseitigt werden
 Nach dem zweiten Weltkrieg kam zur ursprünglichen Aufgabe, die Witterungsschäden auszubessern, eine neue Arbeit für den Verein: die Kriegsschäden zu beseitigen. Wie durch ein Wunder war das Münster inmitten eines Trümmerfeldes erhalten geblieben. Doch die Erdbeben und der Luftdruck der Bombeneinschläge hatten umfangreiche Schäden an ganzen Gebäuden verursacht, die in mühevoller Arbeit inzwischen im wesentlichen wieder behoben werden konnten. Der Münsterbauverein selbst, der sich seit 60 Jahren um die Erhaltung des Münsters bemüht, ist durch die schlechte Finanzlage der letzten Jahre in eine schwierige Situation gekommen.

Koalitionsrecht für Polizeibeamte

Tagung des Unterausschusses des Landtages

Stuttgart (Iwb/Ild). Der Unterausschuß für Polizeifragen beim württemberg-badischen Landtag kam nach längerer Beratung zu der einstimmigen Auffassung, daß das gewerkschaftliche Koalitionsrecht der Polizeibeamten grundsätzlich in keinem Falle beschränkt werden dürfe. Nach den Bestimmungen der württemberg-badischen Verfassung und des Grundgesetzes sei es auch nicht zulässig, den neu in die Bereitschaftspolizei eintretenden Beamten aus Zweckmäßigkeitsgründen für die erste Ausbildungszeit das Koalitionsrecht zu versagen. Bei der Besprechung des Unterausschusses wurde jedoch betont, daß andererseits auch kein Polizeibeamter direkt oder indirekt gezwungen werden dürfe, einer Gewerkschaft beizutreten.

Der Ausschuß kam zu dem Schluß, daß die Bildung einer gesonderten Kommission zur Überwachung der Neueinstellungen bei der Bereitschaftspolizei nicht notwendig sei. Die Mitglieder des Polizeiausschusses können jedoch mit beratender Stimme an den Sitzungen der Einsteuungskommission der Bereitschaftspolizei teilnehmen. Für die Einstellung höherer Beamter vom Hundertschaftsführer aufwärts soll künftig die tatsächliche Äußerung des Polizeiausschusses eingeholt werden. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß unter den jungen Menschen noch immer wenig Neigung herrsche, der Bereitschaftspolizei beizutreten. Das Innenministerium wird in nächster Zeit ein Werbeplakat für den Eintritt in die Bereitschaftspolizei anschlagen lassen. Die Ausschußmitglieder stellten nach mehrstündiger Beratung fest, daß es nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften nicht möglich sei, den Einsatz von Funkaufnahmewagen Ostzönsler und Ostberliner Sender in

Württemberg-Baden zu verhindern. Man werde jedoch schärfstens gegen die Besitzungen solcher Aufnahmegeräte einschreiten, bei deren Tätigkeit staatsfeindliche Äußerungen gegen die Bundesrepublik oder deren demokratische Einrichtungen gemacht würden.

Vor einigen Wochen hatte ein Sendeaufnahmegerät des Ostberliner Rundfunks in Heilbronn und Stuttgart Äußerungen verschiedener Einwohner dieser Städte zur Frage der Wiederbewaffnung beim Abschluß eines Friedensvertrages aufgenommen. In diesem Zusammenhang forderte der Unterausschuß die Schaffung klarer Rechtsbestimmungen über die Möglichkeit des Eingreifens der Polizei bei staatsfeindlichen Versammlungen oder Äußerungen.

Alte Dienstgrade für entlassene Polizeibeamte
 Der Unterausschuß Polizei des Landtages beschloß, ehemalige Polizeibeamte, die 1945 aus politischen Gründen entlassen, später aber als „wiedereinstellungswürdig“ befunden wurden, vollständig in ihre alten Rechte einzusetzen und ihnen wieder ihre alten Dienstgrade zu verleihen. Die Wiedereinstellung werde nach den bestehenden Gesetzen von den Entnazifizierungsbescheiden und dem Entscheid der zuständigen Personalstellen abhängen.

Werbung für die Bereitschaftspolizei
 Die Einleitung eines Werbefeldzuges für die württemberg-badische Bereitschaftspolizei wurde außerdem beschlossen. Der Ausschuß stellte fest, daß die „Bewerbungsfreudigkeit“ für die Bereitschaftspolizei nach wie vor „überstark gering“ sei. Es soll bei der Werbung hervorgehoben werden, daß der Eintritt in die reguläre Polizeiaufbahn künftig nur über die Bereitschaftspolizei möglich ist.

Aus dem Gerichtssaal

Kleine Ursachen, große Kosten
 Ein 58-jähriger Fabrikant aus Goslar fuhr im April dieses Jahres mit seinem Pkw auf der Rastatter Straße in Richtung Karlsruhe. Zur selben Zeit kam ein Motorrad auf der Pforzheimer Straße und wollte in gleicher Richtung fahren. Der Motorradfahrer stoppte vor der Kurve etwas ab und bog dann wegen der Passanten, die an der Ecke standen, in großer Kurve ein. Wenige Meter hinter der Kreuzung wurde er von dem aus Richtung Rastatt kommenden Personenkraftwagen mit dem Vorderrad gestreift und zu Boden geworfen. Die Beteiligten kamen mit geringen Beschädigungen davon. Jeder der beiden Kraftfahrer wurde vom Friedensgericht Ettlingen zu 40 DM Geldstrafe verurteilt.

Nachdem der Motorradfahrer den Fabrikanten wegen Körperverletzung angezeigt hatte, erhielt dieser einen Strafbefehl über 70 DM, gegen den er Einspruch erhob. Zur Hauptverhandlung erschien er zusammen mit seinem Verteidiger aus Braunschweig per Auto. Aber auch diese Auslagen halfen ihm nichts. Das Amtsgericht Ettlingen hielt den Strafbefehl in der bisherigen Höhe aufrecht. Die Bezahlung der Strafe wird aber dem Fabrikanten kaum schwer fallen, denn die Spritztour von Braunschweig nach Ettlingen dürfte erheblich kostspieliger gewesen sein. Sollte er gegen die erneute Verurteilung Berufung einlegen, so kann man wohl annehmen, daß „die Brühle dann noch teurer kommt als die Brocken“, wie man im Volksmund sagt.

Kühe sprangen über den Zaun
 An einem Sommertag fuhr ein 53-jähriger Altstoffhändler aus Ettlingen mit seinem Dreiradlieferwagen ins Albtal, um dort Geschäfte zu machen. In Schöllbronn wollte er auf der Hauptstraße wenden und fuhr beim Zurückstoßen gegen ein Kuhfuhrwerk. Die beiden Zugtiere scheuten und sprangen über einen Gartenzaun. Bei dem Zusammenstoß wurde eine Kuh leicht verletzt. Die Frau, die das Fuhrwerk bediente, konnte noch schnell zur Seite springen und erlitt deshalb keinen Schaden. Der Altstoffhändler gab bei der Landespolizei an, er habe weder den Zusammenprall gespürt, noch habe er die Leute winken sehen. Außerdem hatte er einigen Alkohol genossen, so daß er nicht voll reaktionsfähig war. Der Strafbefehl, den er erhielt, lautete über vier Wochen Haft wegen Trunkenheit und vier Wochen Gefängnis wegen Fahrerflucht.

Gegen diesen Strafbefehl hatte der Altstoffhändler Einspruch erhoben. Das Amtsgericht Ettlingen sprach in seiner letzten Sitzung wegen Fahrerflucht frei, hielt jedoch die vierwöchige Haftstrafe wegen Trunkenheit an. Steuer aufrecht.

Wasser für Benzin verkauft
 Karlsruhe. Reichlich ließ der 41 Jahre alte ledige in der Ukraine heimatisierte Landarbeiter Peter K., der jetzt mit seiner Frau und drei Kindern in Ettlingen wohnt, seine Tränen fließen, als er sich vor der I. Strafkammer wegen Meineids, Diebstahls und Betrugs verantworten mußte. Dieser Ukrainer kam 1939 als polnischer Kriegsgefangener von Lublin nach Deutschland, wo er entlassen wurde und in verschiedenen Betrieben arbeitete. Er ist einige Male wegen Diebstahls und Betrugs vorbestraft. 1943 saß er wegen Arbeitsverweigerung in Offenburg und Niederbühl einige Monate im Gefängnis.

Im Jahre 1949, von einer bescheidenen Unterstützung in Ettlingen lebend, beantragte er Entschädigung und behauptete, aus politischen Gründen im KZ gesessen zu sein. Bei seiner richterlichen Vernehmung vor dem Amtsgericht Ettlingen am 25. Mai 1950 sagte er unter Eid aus, wegen seiner politischen Gesinnung 1943 vier Monate in Offenburg und Niederbühl inhaftiert gewesen zu sein, während er in Wirklichkeit wegen Arbeitsverweigerung eingesperrt war.

Neben der Anklage wegen Meineids werden Peter noch einige weitere krumme Sachen vorgeworfen. So verkaufte er einer Gemüsehändlerin und zwei anderen Treibstoffhändlern vier Kanister Benzin für zusammen 56 DM, deren Inhalt als Wasser herausfloß. In der Wohnung eines Amerikaners in Karlsruhe staubte er eine Wolldecke und einen leeren Benzinkanister ab, während er zwei Bäckereimeister zur Hergabe von Torten und Süßigkeiten auf Kredit veranlaßte, wobei er funktete, im Auftrag eines Amerikaners einzukaufen und die süße Ware am nächsten Tage zu bezahlen — die Lieferanten hatten das Nachsehen.

Unter Freisprechung von der Meineidsanklage sprach die Strafkammer wegen Betrugs und Diebstahls fünf Monate Gefängnis, abzüglich viereinhalb Monate Untersuchungshaft aus.

Kupferpreise verderben den Charakter
 Karlsruhe. Wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen bedachte der Amtsrichter die 38 Jahre alte Marta H. aus Mörsch mit einer Geldstrafe von 100 DM. Ein Aushang an der Gemeindefeier in Mörsch über den Ankauf von Metallabfällen hatte zu einem Anwaschen der Metallabfälle durch Jugendliche geführt. Die Gemeindeverwaltung sah sich daraufhin veranlaßt, solche Anschläge von Altmethallhändlern nicht mehr zuzulassen. Die Angeklagte, im Altmethallhandel noch unerfahren, hatte in dem Geschäft ihres Stiefsohnes von mehreren Jugendlichen, die inzwischen bereits vor dem Jugendrichter standen, einige Kilo Telefondraht und andere Stücke aus Kupfer angekauft, ohne sich über die Herkunft des Materials zu verlässigen. Sie hat sich dadurch der fahrlässigen Hehlerei nach § 18 schuldig gemacht. Im.

Wollen Sie bis zu 50.000 DM gewinnen? Wollen Sie dabei kein Risiko eingeben?

Dann gehen Sie zur Bank, Sparkasse oder zum Postamt, Kaufen eine Prämien-Schatzanweisung (Baby-Bond) für DM 10.— Sie spielen damit 5 Jahre lang, nehmen an den vierteljährlichen Ziehungen teil Und erhalten - auch wenn Sie nicht zu den Gewinnern gehören - wenigstens Ihren Einsatz zurück!

Gewinne ohne Risiko!

Ausschneiden!

Aufbewahren!

Winterfahrplan 1951/52

Gültig ab 7. Oktober 1951

Winterfahrplan der Albtalbahn

Gültig ab 7. Oktober 1951

nebst Anzeigenteil der Gaststätten und Albtalkarte, 3-farbig mit Wanderungen zusammen DM 0.30

Zu haben an sämtlichen Schaltern der Albtalbahn, in allen Buchhandlungen und in der Ettlinger Zeitung



AUTO-VERMIETUNG
WALTER BRISACH
ETTLINGEN
Bodenortstraße 25
gegenüber Erbprinz, Fernr. 498
Tag- u. Nachtbetrieb

Omnibuslinie Ettlingen - Malsch

Ablfahrt in Ettlingen	8.00 ¹	12.45	18.15
Canth. „Geisler Hof“	jeden Werktag	jeden Werktag	Mo., Di., Do., Fr.
Ablfahrt in Malsch	8.30	13.15	18.40
	jeden Werktag	jeden Werktag	Mo., Di., Do., Fr.

Werktags Kleinbahn Ittersbach-Pforzheim

Karlsruhe Albtalbahn ab			6.30	9.00	12.00
Ettlingen Stadt ab		5.00	6.56	9.26	Sa 12.26
Ittersbach an		5.48	7.46	10.08	Sa 13.13
Ittersbach ab	5.25	+5.39	5.50	6.52	7.50
Pforzheim-Brötzingen ab	6.10	6.25	6.35	7.37	8.35
Pforzheim Leopoldspl. an	6.20	6.35	6.45	7.47	8.45

Karlsruhe Albtalbahn ab	12.30	15.00	17.00	17.30	19.00
Ettlingen Stadt ab	b 12.55	15.26	17.26	* 17.56	19.26
Ittersbach an	b 13.35	16.08	18.12	* 18.37	20.11
Ittersbach ab	14.10	16.10	18.15	19.15	20.15
Pforzheim-Brötzingen ab	14.55	16.55	19.00	20.00	21.00
Pforzheim Leopoldspl. an	15.05	17.05	19.10	20.10	21.10

Werktags Kleinbahn Pforzheim-Ittersbach

Pforzheim Leopoldspl. ab			6.35	9.10	11.10	13.10
Pforzheim-Brötzingen ab	5.00	* 5.13	5.35	6.45	9.20	11.20
Ittersbach an	5.43		6.45	7.30	10.05	12.05
Ittersbach ab	# 05		8.14	10.15	13.30	Sa 14.45
Ettlingen Stadt ab	# 58		8.58	10.58	14.28	15.28
Karlsruhe Albtalbahn an	7.19		9.19	11.19	14.49	15.49

Kraftpostlinie Ettlingen - Spessart - Schluttenbach - Schöllbronn - Völkersbach

Ettlingen PA Albtalbahn	5.25	5.45	6.25	6.45	7.30	8.30	10.30	12.30	13.00	13.10
Ettlingen Schützenhaus	5.28	5.48	6.28	6.48	7.33	8.33	10.33	12.33	13.03	13.13
Ettlingen Wilhelmshöhe	5.30	5.50	6.30	6.50	7.35	8.35	10.35	12.35	13.05	13.15
Spessart Strauß	—	—	—	7.00	—	8.45	10.45	12.45	13.10	13.25
Spessart Rotes Haus	5.35	5.55	6.40	6.55	7.40	—	—	12.45	—	13.25
Schluttenbach (Rathaus)	—	—	—	7.00	—	8.48	10.48	12.50	13.15	13.35
Schöllbronn Sonne	5.40	6.00	6.45	—	7.45	8.50	11.00	12.50	13.20	13.30
Völkersbach Kraftwagen-Haltestelle	5.50	—	6.55	—	7.55	—	—	13.00	—	—
Völkersbach Post	—	—	—	—	—	9.00	11.10	—	13.30	—

Ettlingen PA Albtalbahn	14.00	16.30	17.10	17.40	17.50	18.00	18.30	19.00	20.30
Ettlingen Schützenhaus	14.03	16.33	17.13	17.43	17.53	18.03	18.33	19.03	20.33
Ettlingen Wilhelmshöhe	14.05	16.35	17.15	17.45	17.55	18.05	18.35	19.05	20.35
Spessart Strauß	14.15	16.45	17.25	\$ 17.35	18.05	18.15	18.45	19.15	20.45
Spessart Rotes Haus	Sa 14.15	16.45	17.25	17.55	18.05	18.15	18.45	19.15	—
Schluttenbach (Rathaus)	14.20	16.55	—	—	18.07	—	—	19.20	20.50
Schöllbronn Sonne	14.25	16.50	17.30	18.00	18.10	18.20	18.50	19.25	21.00
Völkersbach Kraftwagen-Haltestelle	14.30	17.00	—	\$ 18.10	—	18.30	—	19.35	21.10
Völkersbach Post	\$ 14.35	—	—	—	—	—	—	\$ 19.35	—

Kraftpostlinie Völkersbach - Schöllbronn - Schluttenbach - Spessart - Ettlingen

Völkersbach Post	5.00	—	5.45	—	7.00	—	—	8.00	—	9.15	12.40	13.10	—
Völkersbach Kraftwagen-Haltestelle	5.10	—	6.00	6.40	7.10	8.10	9.25	12.50	13.20	13.30	—	13.30	—
Schöllbronn Sonne	—	—	5.50	6.30	7.00	—	—	9.30	12.55	—	—	13.35	—
Schluttenbach (Rathaus)	—	—	6.05	6.45	7.15	—	—	—	13.00	—	—	13.25	13.37
Spessart Rotes Haus	—	5.30	—	—	—	7.05	8.25	9.40	12.50	—	—	13.20	13.40
Spessart Strauß	5.20	5.40	6.15	6.55	7.25	7.15	8.35	9.50	13.05	—	—	13.35	13.45
Ettlingen Wilhelmshöhe	5.22	5.42	6.17	6.57	7.27	7.17	8.37	9.52	13.07	—	—	13.37	13.47
Ettlingen Schützenhaus	5.25	5.45	6.20	7.00	7.30	7.20	8.40	9.55	13.10	—	—	13.40	13.50
Ettlingen PA Albtalbahn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Völkersbach Post	13.45	—	16.45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.45
Völkersbach Kraftwagen-Haltestelle	13.55	16.50	16.55	17.15	17.25	17.30	18.10	18.25	18.35	19.55	—	—	19.46
Schöllbronn Sonne	—	—	—	—	—	—	—	18.30	18.40	—	—	—	—
Schluttenbach (Rathaus)	—	16.55	—	17.20	—	17.35	18.15	18.30	18.40	—	—	—	—
Spessart Rotes Haus	14.05	16.50	17.05	—	17.35	17.30	18.10	18.40	—	20.05	—	—	—
Spessart Strauß	14.15	17.05	17.15	17.30	17.45	17.45	18.25	18.45	18.40	20.15	—	—	—
Ettlingen Wilhelmshöhe	14.17	17.07	17.17	17.32	17.47	17.47	18.27	18.47	18.50	20.17	—	—	—
Ettlingen Schützenhaus	14.20	17.10	17.20	17.35	17.50	17.50	18.30	18.50	18.52	20.20	—	—	—
Ettlingen PA Albtalbahn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Pforzheim Leopoldspl. ab	15.10	17.16	17.38	18.15	19.15	21.15	* bis Eisenladungen
Pforzheim-Brötzingen ab	15.20	17.26	17.48	18.25	19.25	21.25	
Ittersbach an	16.05	18.11	18.33	19.10	20.10	22.10	
Ittersbach ab	16.30	—	a 19.00	19.40	21.15	—	
Ettlingen Stadt an	17.28	—	19.58	20.28	21.58	—	
Karlsruhe Albtalbahn an	17.49	—	20.19	20.49	22.19	—	

Karlsruhe Albtalbahn ab	6.30	8.30	11.00	12.30	15.00	18.30
Ittersbach an	7.38	9.38	12.08	13.35	16.08	19.49
Ittersbach ab	6.10	8.10	10.10	12.10	14.10	16.10
Pforzheim-Brötzingen ab	6.55	8.55	10.55	12.55	14.55	16.55
Pforzheim Leopoldspl. an	7.05	9.05	11.05	13.05	15.05	17.05

Pforzheim Leopoldspl. ab	7.05	9.10	11.10	13.10	15.10	17.16	19.15	21.15
Pforzheim-Brötzingen ab	7.15	9.20	11.20	13.20	15.20	17.26	19.25	21.25
Ittersbach an	8.00	10.05	12.05	14.05	16.05	18.11	20.10	22.10
Ittersbach ab	8.04	10.15	12.15	14.15	16.15	18.15	20.13	—
Karlsruhe Albtalbahn an	9.19	11.19	13.19	15.19	17.19	19.19	21.19	—

DIE LETZTE LIEBE

ROMAN VON H. P. LARSEN

Copyright by Dr. Paul Herzog, Tübingen durch Verlag v. Graberg & Göggl, Wiesbaden

(33. Fortsetzung)

Sie schenkt die Gläser ein, und der Kriminalrat trinkt das seine halb leer, als habe er großen Durst gehabt.

„Ich habe natürlich“, spricht er gleich darauf weiter, „Beobachtungen darüber anstellen lassen, ob jemand aus der Stadt plötzlich verweist, aus jenem Kreis natürlich, der an dem unglückseligen Festabend teilgenommen hat. Bisher ist das nicht geschehen. In einem solchen Falle hätte ich wahrscheinlich eingegriffen. Es wäre vielleicht ein Verdachtsmoment gewesen. Aber nichts hat sich gerührt. Nichts.“

Die Zeit vergeht bei solchen Gesprächen schnell. Es ist dunkel geworden. Dr. Alwa ist nicht gekommen. Sie hätten ihn von der Veranda aus sehen müssen. Dagegen erscheint Dora Olbrich noch auf eine Stunde, herzlich von Sabine begrüßt und mit einem freudigen Aufblenden in den Augen Hans Burgdorfs, der sie so schnell nicht wieder zu sehen erwartet hat.

„Wie geht es Ihrem Herrn Vater?“ fragt der Kriminalrat.

„Danke, nicht gut“, antwortet Dora. „Er kränkelt seit ein paar Tagen. Heute hat er sich sogar ein paar Stunden hingelegt. Sie wissen ja, wie lebhaft er sonst ist. Er ist ein ganz stiller Mann geworden, und er sagt auch nicht, was ihm fehlt.“

„Nun“, der Kriminalrat, der die beiden Töchter des Arztes sehr gern hat, lächelt Dora zu, „er hat ja die beste Pflege zu Hause.“

„Ja“, sagt Dora mit einem kleinen, kaum hörbaren Seufzer, „Inge lebt nur für ihn, während ich...“

„Nun?“ Der Kriminalrat nickt ihr ermunternd zu, „Sie lassen sich von dem unruhigen Geist noch nicht ganz in Fesseln legen, wie?“

„Oh, er ist eifersüchtig auf uns“, sagt Dora, „am schönsten wäre es, wenn keine von uns auch nur einen Schritt aus dem Hause täte. Aber das geht doch nicht.“

„Nein, das geht wirklich nicht, da haben Sie ganz recht. Schließlich sind Sie jung und vor Ihnen liegt die Zukunft. Da muß er ja wohl auch einsehen.“

„Na, bis jetzt scheint es mir nicht so...“ Doras helles Gesicht ist ganz ernsthaft. Ihr Blick geht zu Hans Burgdorf, der nachdenklich den Kopf gesenkt hat und zuhört.

„Nun, da Sie hier sind, darf man wohl annehmen, daß Sie Energie genug haben, mit dem Herrn Vater auch mal ein Tänschen zu wagen, wie?“

„Es ist schon manchmal ein richtiger Tanz...“ lacht Dora.

„So wie ich ihn kenne, wird er ja schnell wieder auf den Beinen sein. Er hält die Ruhe nicht lange aus.“ Der Kriminalrat nickt ihr wieder aufmunternd zu.

Draußen auf der Straße sind die Laternen angezündet worden und blinken mit ihrem blassen Schein durch die Bäume des Parkes. Höpner zieht die Uhr.

„Scheint hoffnungslos, das Warten. Na, dann werden wir uns eben morgen sehr früh noch einmal mit dem Herrn Dr. Alwa aussprechen. Sie bleiben ja noch einige Zeit hier?“

Hans Burgdorf bejaht, und der Kriminalrat verabschiedet sich jetzt ziemlich schnell und geht.

Am nächsten Morgen ist Dr. Alwa noch nicht zu Hause. Nachdem diese Tatsache feststeht, sögert Kriminalrat Höpner, der schon sehr zeitig mit Berndt zusammen in der Villa erschienen ist, keines Augenblick mehr mit den notwendigen Maßnahmen.

Er zieht Hans Burgdorf hinzu, läßt einen Schlosser holen und kurzerhand die Wohnung Dr. Alwas öffnen. Als sie eintreten, sind sie vielleicht auf irgendeine Überraschung gefaßt. Aber sie werden enttäuscht. Die Wohnung ist leer.

Sie ist auch unverändert. Sie sieht so aus wie eine Wohnung, die jemand verläßt, der nach ein paar Stunden wiederkommen ge-

denkt. Auf dem Schreibtisch liegt ein aufgeschlagenes Buch, ein wissenschaftliches Werk der Chemie.

Die Kriminalbeamten überzeugen sich, daß in Dr. Alwas Heim offenbar nichts fehlt. Im Schrank hängen zwei Anzüge auf Bügeln, ein Sommermantel, die Wäsche liegt in den Fächern. Auf dem Schrank steht unberührt ein großer Reisekoffer. Mehr hat der Kriminalrat auch bei seinen bisherigen Besuchen nicht gesehen.

„Der Mann ist nicht abgereist“, sagt er und kann seine Aufregung nicht ganz verbergen.

„Es sieht nicht so aus.“ Hans Burgdorf ist gerade dabei, die Schubladen des Nachttisches neben dem Bett aufzuheben.

Endlich ist die Schublade auf. Es ist nicht viel darin. Ein kleiner, mit Samt ausgeschlagener Halter für eine Taschenuhr, eine Schachtel mit Kragenknöpfen, ein kleines ledernes Notizbuch, in das der Chemiker offenbar noch Formeln geschrieben hat, wenn er schon im Bett lag und vielleicht nicht einschlafen konnte und...

„Sehen Sie mal, Herr Kriminalrat“, ruft Hans Burgdorf überrascht, „da haben Sie Ihren Knopf!“

Es sind in der Tat die Perlmutter-Manschettenknöpfe. An dem einen ist die kleine Perlmutter-scheibe aus der Fassung gefallen. Höpner, der den wertvollen Fund, in Seidenpapier eingeschlagen, in der Brieftasche trägt, zieht ihn hervor: die gefundene Perlmutter-scheibe paßt in den Knopf.

„Damit ist der Beweis erbracht“, sagt Höpner mit deutlicher Genugtuung, „daß dieser Doktor Alwa im Arbeitszimmer Ihres Vaters war. Für mich besteht kein Zweifel mehr daran, daß er den Schreibtisch erbrochen hat, um den Schulschein zu entwenden. Warum das nicht glückte, können wir nur vermuten. Wahrscheinlich wurde er durch die Heimkehrenden oder durch Frau Schallek, die ja eine Stunde früher kam als Dr. Burgdorf und Sabine Pertus, gestört.“

„Daß er auch den Mord begangen hat, würde damit nabeliegend.“

„Allerdings.“

Sie suchen noch weiter in der kleinen Wohnung, ohne etwas von Bedeutung zu finden. Schließlich gibt es beim besten Willen nichts mehr, was noch einer Prüfung wert wäre, und Höpner sagt etwas stemelos:

„Jetzt ist die Frage: Wo ist der Mann?“

Aber darauf weiß niemand eine Antwort. Dr. Alwa ist verschwunden.

Kriminalrat Höpner ist entschlossen, keine Minute mehr zu versäumen. Er ärgert sich darüber, daß er nicht schon am vergangenen Abend zu den gleichen Feststellungen gekommen ist. Dann wären zwölf Stunden gewonnen gewesen. Er verabschiedet sich schnell von Hans Burgdorf, um vom Amt aus sofort den Steckbrief gegen Dr. Alwa zu erlassen.

„Sie machen ein so zweifelndes Gesicht...?“

„Ich habe das Gefühl, daß der Mann nicht abgereist ist...“

„Ja, wo ist er denn? Mit Gefühlen kommen wir ja doch nicht weiter. Ich glaube, wir haben in dieser Sache schon viel zuviel auf Gefühle Rücksicht genommen. Bei mir ist es jetzt damit aus!“

Eine Stunde später ist der Steckbrief gegen den Chemiker Dr. Alwa unterwegs. „Er wird gesucht wegen Mordes...“

Und nun beginnen die Ereignisse sich fast zu überstürzen.

Am nächsten Morgen sitzt Dr. Olbrich mit seinen beiden Töchtern am Frühstückstisch. Er hat die Nacht ruhig geschlafen und fühlt sich bedeutend besser. Inge, die es sich angewöhnt hat, ganz für ihren Vater zu leben, sieht wohlgefällig, daß er mit Appetit isst. Er läßt sich sogar Zeit zum Essen und ist viel ruhiger als sonst. Inge freut sich, wie ausgeschlafen, ausgeruht er aussieht. Es war in der letzten Zeit einfach zuviel der Aufregung und Anstrengung.

Dora sitzt etwas unruhig auf ihrem Platz. Sie hat versprochen, früh bei Sabine zu sein, und sie gesteht sich selbst ihre Hoffnung, Hans Burgdorf noch im Hause anzutreffen. Gegen sich selbst wenigstens soll man ehrlich sein: danach hat sie immer gehandelt. Was nützte es auch, es abzuleugnen, daß sie sich auf Hans Burgdorf freut?

(Forts. folgt)